

# Volkswacht

für Schlessien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graunacherstraße Nr. 5, durch die Buchhandlung „Hilf“, Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wochensatz 200.— Wl., monatlich 500.— Wl., durch die Post 500.— Wl.

Organ für die werftätige Bevölkerung  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Route: Postfach-Num. Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: 2000 Meter für politische Anzeigen aus Schlessien 200.— Wl., aus dem Ausland 250.— Wl., sonst 150.— Wl. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verträge, etc. 10.— Wl. pro Zeile. Kleinanzeigen 40.— Wl. pro Zeile. Anzeigen pro Wort 1.— Wl. pro Zeile. Die Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 bis in sämtliche Buchhandlungen abgegeben werden.

## Die Internationale gegen die Gewaltpolitik. Sozialistischer Vorstoß in der französischen Kammer.

### Die Ruhrbesetzung vor der französischen Kammer.

Paris, 24. Mai. Die französische Kammer heute heute nachmittag die Beratung über die Kredit für die Ruhrbesetzung fort. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant stellt fest, daß zum ersten Male eine große Debatte über die Ruhrbesetzung stattfindet. Alle Mitglieder hätten anlässlich der Pariser Konferenz die Notwendigkeit anerkannt, Deutschland ein Moratorium zu bewilligen. Nur über die Form habe keine Einigung erzielt werden können. Poincaré rief daraufhin: „Wir waren nicht einig über die effektiven Garantien, die man von Deutschland fordern sollte“. Auriant geht sodann auf den Vorlauf der Pariser Konferenz ein. Wieder Frankreichs Mitglieder, noch Frankreich selbst hätten von Deutschland Forderungen verlangt, denn es sei ja in diesem Sinne kein Ultimatum gestellt worden. Nicht einmal das von Deutschland geforderte Moratorium sei von der Konferenz geprüft worden, noch habe die Konferenz Bergmann angehört. Poincaré unterbricht und erklärt, Deutschland habe der Konferenz ein Schreiben über ein Moratorium unterbreitet. Was die angeblichen Vorschläge Bergmanns anbetreffe, so habe Bergmann tatsächlich verlangt, von den Mitgliedern während der Konferenz von Paris, gehört zu werden. Es wurde ihm geantwortet, daß ihm eine Antwort erteilt werde, wenn sich die Mitglieder über eine gewisse Anzahl von Punkten geeinigt hätten. Da diese Einigung nicht zustande gekommen sei, sei es nicht notwendig gewesen, Herrn Bergmann anzuhören.

Abgeordneter Auriant spricht alsdann über die verschiedenen Phasen der Ruhrbesetzung, wobei er wiederholt von Mitgliedern der Rechten unterbrochen wird, was energischen Protest der Sozialisten hervorruft. Auriant führt aus, man werde sicher dahin gelangen, Deutschland zu ruinieren, aber mit diesem Akt würden alle Hoffnungen auf Reparationen seitens Deutschland für Frankreich vernichtet werden. Wenn die Mitglieder eine Politik der Verstärkung und des Entgegenkommens betreiben würden, dann werde man einen Teil dessen einfahren können, was Deutschland Frankreich schulde. Die gegenwärtige Politik begründet in hohem Maße die deutsche nationalstaatliche Bewegung. Der Redner betont sodann, daß die Ruhrbesetzung zu keinem Ergebnis führen könne und geht auf die letzte deutsche Note ein. Sie sei unannehmbar gewesen, aber er bedauere es, daß die französische Regierung bei dieser Gelegenheit ihre Absicht nicht klarer entwickelt habe. Auf eine Bemerkung Poincarés, daß die Schenkens der Serie C annulliert werden sollen, wenn die interalliierten Schulden annulliert würden, erwidert Auriant, er mache gerade Poincaré zum Vorwurf, daß er die Höhe der deutschen Schulden von Bedingungen abhängig mache, die nichts mit ihr zu tun hätten. Wenn erklärt werde, daß Frankreich von Deutschlands nichts anderes verlange, als die gerechten Reparationen für die verwüsteten Gebiete, so wäre bewiesen, daß Frankreich Recht habe. Schließlich erwähnt Auriant Poincaré, eine Politik der internationalen Versöhnung zu betreiben.

Der Schluß der Rede Auriant's liegt noch nicht vor. Nach dem Abgeordneten Auriant ergreift Ministerpräsident Poincaré das Wort. Er habe es nicht nötig, nochmals an die Verletzungen Deutschlands zu erinnern. Poincaré geht jedoch nochmals auf die Vorgehensweise des Londoner Zahlungsplanes ein und erklärt, die Summen des Friedensvertrages von Versailles bildeten ein Minimum. Trotzdem habe Frankreich entgegenkommend den Londoner Zahlungsplan angenommen. Seitdem habe aber Deutschland nicht einen Augenblick unterlassen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Poincaré erinnert alsdann daran, wie Deutschland ein Moratorium verlangt habe. Frankreich habe es nicht bewilligen können, weil es gewußt habe, daß die bewaffneten Formationen und Geheimorganisationen sich in Deutschland vermehrten, und daß die Alliierten nach drei Jahren auf einen noch gefährlicheren schlechten Willen Deutschlands gestoßen sein würden. Die Reparationskommission habe unter diesen Umständen die Verletzung Deutschlands feststellen müssen, die die Besetzung des Ruhrgebietes unterdrücken habe, da Deutschland nach der Besetzung auf die Kohle habe verzichten können, die es vor der Besetzung Frankreich nicht habe liefern wollen. Frankreich hätte es zwar vorgezogen, wenn die Aktion im Ruhrgebiet von allen Alliierten angenommen worden wäre, habe darin aber nicht die Initiative zu einem Bruch erblickt. Alle Mitglieder interalliierten Kommission seien mit Stimmeneinheit beschlossen worden. Poincaré dankte den Belgiern und Italienern, soll der Haltung Bonar Law's Anerkennung und begrüßt den neuen englischen Premier, der dem Kabinett angehört habe, das Frankreich jenseit Freundschaftsbeweise gegeben habe. Trotzdem habe England durch seine Absonderung in Deutschland den Glauben verurteilt, daß unter den Alliierten wenigstens ein schwacher Punkt festzustellen sei. Auf diese glücklicherweise unbegründete Schwärze habe Deutschland spekuliert. Wäre England mit den anderen Alliierten vorgegangen, hätten die deutschen Industriellen, Beamten und Arbeiter sich geweigert, Widerstand zu leisten. Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bevölkerung und den französischen und alliierten Behörden hätte durchgeführt werden können, wenn nicht der Befehl von Berlin gekommen wäre, sie zu verhindern. General De Gaulle habe den Teil des Ruhrgebietes zerniert, der 90 Millionen Tonnen Kohle fördere, während der nicht eingekreiste Teil nur 8 Millionen Tonnen bringe. Die Zwischenfälle in Essen hätten bewiesen, daß man nicht auf den guten Willen der Fabrikdirektoren hätte rechnen können. Frankreich habe Maßnahmen ergriffen, um seinen Bedarf an Kohle und Koks sicherzustellen, wie auch die Haltung der Deutschen sei. Man habe eine tägliche Ankunft von 10 000 Tonnen ermöglicht. — Poincaré spricht weiter,

### Rücktrittsgesuch des französischen Kabinetts.

Ueberraschend kommt aus Paris die Nachricht, daß Poincaré am Abend des letzten Tages, an dem er in der Kammer bei der Debatte über die Ruhrpolitik wie immer den harten Mann gespielt hat, dem Präsidenten Millerand das Rücktrittsgesuch unterbreitete. Dieser Schritt Poincarés ist allerdings nur als tatsächliches Mandat zu bewerten. Der Präsident der französischen Republik hat es auch abgelehnt, die Demission anzunehmen, jedoch vermutlich alles beim alten bleiben wird. Der Grund für Poincarés Schritt liegt darin, daß sich der Senat viermal nicht als dasselbe unbedingt willfährige Instrument von Poincaré gebrauchen ließ, wie die Kammer des nationalstaatlichen Blocks. In der Kammer triumphierte Poincaré unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien gegen den Genossen Auriant auf, der in der Ruhrpolitik den Standpunkt der Verhängung vertritt. Im Senat wurde das Ansehen Poincarés, sich als Kommunisten-Idiot gebrauchen zu lassen, abgelehnt. Die Regierung Poincaré wollte den Senat als Staatsgerichtshof und zur Aburteilung über den Kommunisten Caschin und einigen Mitangehörigen, zu denen auch der deutsche Reichstagsabgeordnete Höllein gehört, umringen. In Gegenwart von Caschin und der Verteidiger der übrigen Angeklagten trat der Senat deshalb am Donnerstag mittags um 2 Uhr unter seinem Präsidenten zusammen, um sich über die Frage der Zuständigkeit zu äußern. Der Oberstaatsanwalt und sein Vertreter vertreten zunächst die Anklage, die auf Gefährdung der Sicherheit des französischen Staates nach außen und innen infolge der von der internationalen kommunistischen Partei gegebenen Direktiven laute. Die Anklage behauptet, daß sich die Aktion der französischen Kommunisten gegen den Versailler Vertrag und die Ruhrbesetzung richte und beziehe sich vor allem auf eine kommunistische Konferenz, die kurz vor dem Ruhrmarsch in Essen stattfand. Doch nach einhundertstündiger geheimer Beratung erklärte der Senat sich mit 148 gegen 101 Stimmen als unzuständig für die Aburteilung der kommunistischen Angeklagten. Kein Zweifel, dieser Beschluß des Senats bedeutet für Poincaré, der einen sehr großen Wert auf den Senat als Staatsgerichtshof legte, eine schwere Schlappe. Tatsächlich hat der Kabinettsrat, der sofort am Abend zusammentrat, den Senatsbeschluß nach einhundertstündiger Beratung als Mißtrauensvotum aufgefaßt und die Demission des Gesamtkabinetts beschlossen.

### Das Rücktrittsgesuch nicht angenommen.

Wie Havas mitteilt, hat der Präsident der Republik sich geweigert, die Demission des Kabinetts anzunehmen. Einzelheiten fehlen.

### Internationaler Sozialistkongreß.

Hamburg, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die gestrige Kongreßsitzung brachte den bisherigen sachlichen und stimmungsmäßigen Höhepunkt der ganzen Tagung. Zunächst konnte der Vorsitzende mitteilen, daß das Organisationskomitee einstimmig London als Sitz der neuereintreten Internationalen bestimmt und die Genossen Thom Shaw und Adler als Sekretäre ebenso einstimmig gewählt hat. Damit ist der wichtigste Ort der internationalen Politik zum Aktionsort der gesamten Internationale geworden. Die bisherigen Führer der beiden internationalen Organisationen in London und Wien werden von nun an dort gemeinsam arbeiten.

Dann folgten die großen Referate über die Reparationsfrage, eingeleitet durch einen kurzen aber klaren Vortrag des englischen Genossen Prof. Webb, der die Schuld der Großmächte sowohl wie der neuen kleinen Staaten am fortwährenden Unruhezustand Europas feststellte und für die Zukunft die Streichung der Militärpensionen aus der deutschen Reparationslast, die Ausschaltung der Schuldfrage aus dem weiteren Reparationsverhandlungen und die Anwendung rein demokratischer Mittel in der internationalen Politik an Stelle aller Gewaltmittel als Weg in die Zukunft bezeichnete. Der deutsche Genosse Dr. Hilferding ergänzte dieses Programm durch umfassende nationalökonomische Darlegungen über die bisherige Wirkung der Friedensverträge. Ohne den neuen Staaten im Osten ihr Existenzrecht an sich zu betreiben, verlangte er von ihnen Aufgabe des wirtschaftlichen Protektionismus, der das osteuropäische Wirtschaftsgebiet mit ungeheuren Verwicklungen der Grenzen und Verkehrswege befaßte, und charakterisierte dann die Begünstigung, die der Friedensvertrag den reaktionären Mächten des antisemitischen Faschismus und dem staatsfeindlichen neuen liberalen Monopolkapitalismus gewähre, die nur durch eine internationale sozialistische Regelung überwunden werden können. Die eigentlich praktisch politischen Schlussfolgerungen aus diesen beiden mehr prinzipiellen Referaten zog dann in einer glänzenden staatsmännischen Rede der französische Genosse Leo Blum, dessen Referat mit jedem Wort in der zukünftigen deutschen Politik eine starke Stütze der Linken sein wird.

Blum unterschied die Bestimmungen des Friedensvertrages über Völkerverbund und internationales Arbeitsamt als entwicklungs-

fähig und positiv von den Ueberreihen reaktionärer Nachvollziehungen in denjenigen Teilen, auf Grund deren die heutige gewalttätige Reparationspolitik Poincarés und seiner Freunde möglich ist und gegen die er mit einer scharfen Stellung nahm, die sich ein Deutlicher umzusetzen in Frankreich vielleicht heute noch nicht mit solchem Freimuth gegenüber Verletzungen der eigenen Regierung erlauben würde. Er bezeichnete den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft als die Voraussetzung aller Reparationsleistungen und verlangte daher Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen gegen Deutschland, in der Reparationsfrage aber Anerkennung des französischen Reparationsprogramms der fünf direkt beteiligten sozialistischen Parteien durch die gesamte Internationale und energisches gleichzeitiges Eintreten für dieses Programm, wie es die französischen Sozialisten unter scharfster Beförderung des Friedensvertrages schon bisher nach Kräften getrieben und wie auch die deutschen Sozialisten in der anerkanntwertesten Weise es von Anfang an vertreten hätten. Ueber die Ruhrfrage sprach Blum dann mit einer wirtschaftspolitischen Mäandernheit, die zugleich die scharfste Kritik des gesamten Ruhrmarsches gab und auf die wir Deutschen uns vor der ganzen Welt in Zukunft mit gutem Erfolg berufen können.

### Hamburg, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am dritten Verhandlungstag begann die Sitzung erst nachmittags um 4 Uhr. Der Vormittag vereinnahmte die Delegierten zu einer Dampferfahrt.

Vorsitzender Vandervelde teilt zunächst mit, daß als Sitz der neuen Internationale von dem Exekutivkomitee einstimmig London bestimmt worden ist. Ebenso einstimmig sind als Sekretäre Thom Shaw und Friedrich Adler gewählt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Imperialistische Friedensverträge und die Aufgabe der Arbeiterklasse“ erhält zunächst das Wort

### Sidney Webb-England:

„14 Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen, der angeblich den Krieg beenden sollte, und doch herrscht im Grunde genommen immer noch der Kriegszustand. Die Anklage hierfür muß am stärksten gegen die alten Großmächte gerichtet werden, aber auch die neuen kleineren Staaten sind im großen Maße verantwortlich zu machen. Die politische und wirtschaftliche Verwicklung ist verursacht durch die Friedensverträge. Die Urheber dieser Verträge haben die ökonomischen Momente und die Grundzüge der Moral, sowie der Gerechtigkeit völlig außer acht gelassen. (Sehr wahr!) Es ist heute nicht mehr an der Zeit, über die Verantwortung für den Krieg zu diskutieren. Die allgemeine Meinung der Welt geht dahin, daß

### alle Staaten und alle Regierungen

die Verantwortung für den Krieg zu tragen haben. Jetzt gilt es, über die Möglichkeiten des Wiederaufbaues Europas zu sprechen. Es handelt sich nicht in erster Linie darum, was die besiegten Völker leisten sollen, sondern was sie leisten können. Worauf es hauptsächlich ankommt, ist die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Die moralische Verpflichtung hat Deutschland wiederholt anerkannt. Aber die Wiederherstellung darf nie den Vorwand bieten für eine Unterdrückung und zur Zerstörung der Wirtschaft in Deutschland und Oesterreich. Es handelt sich vielmehr um eine reine Finanzfrage. Im Vordergrund steht dabei das Problem des internationalen Kredits für Deutschland und Oesterreich. Von der Anwendung der Gewalt, das hat die Erfahrung bewiesen, kann man sich keinen Nutzen versprechen, am allerwenigsten die Gewalttätigkeit. Die Gewalt kann nur zerstören, aber niemals wieder aufbauen; die Gewalt überredet und überzeugt niemand, und sie kann nie zu einer Verständigung der Völker führen. Sie ist unvereinbar mit den Grundfäden einer ethischen Demokratie. Der demokratische Geist muß die gesamte internationale Politik durchdringen, und in diesem Geiste muß auch die Revision der Friedensverträge erfolgen.“ (Lebhafte Beifall.)

Zu dem gleichen Punkt der Tagesordnung nimmt dann

### Hilferding

das Wort: „Wir haben heute das Fazit jener Entwicklung zu ziehen, die uns so lange voneinander getrennt hat, haben uns zu fragen: Wie ist die wirtschaftliche Situation, und welches sind die Folgen, die wir aus ihr zu ziehen haben? Der Krieg des Imperialismus ist geführt worden, um die Beherrschung der Quellen des Reichtums und hat geendet mit einer furchtbaren Zerstörung des Reichtums, der Weltwirtschaft. Er hat weiter mit sich gebracht eine völlige Störung des Gleichgewichts der Produktion. Die am Kriege beteiligten europäischen Länder: verarmten. Japan und Amerika und die neutralen Länder haben ihre Produktion im ralasteten Tempo erweitern können. Der Krieg hat die altbewohnten Handelswege unterbrochen und die Finanzen zerrüttet. Er hat innerhalb der einzelnen Länder eine völlige Verdrängung in dem Produktionsverhältnis geschaffen. Was der Krieg geschaffen, haben die Friedensverträge fortgesetzt. Die Urheber dieser Verträge kannten nicht einmal den Mechanismus des kapitalistischen Systems genug, um sich vor dem größten ökonomischen Irrtumern zu schützen. Sie gehen von dem Grundirrtum aus, daß es möglich sei, aus einer nationalen Wirtschaft große Geldbeträge in eine andere zu überführen. In der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet eine solche Tributzahlung, so

... auf dem Weltmarkt ...

... die Produktion des deutschen Volkes ...

... die Produktion des Weltmarktes durchbrechen ...

... durch die Geißel der Arbeitslosigkeit ...

Der Felsenbrunner Hof. ...

... 1921 und 1922 und ...

... die Angehörigen der Kriegsgewinn ...

... den Geist der Gewalttätigkeit ausrotten ...

... Leon Blum-Frankreich ...

... der Vertrag Deutschland gemeinsam ausgehandelt ...

... der Welt ...

... die Völkervereinigung der Sozialisten ...

... unsere Stellung zur Ruhrbesetzung ...

... nicht bei der großen Mehrheit des französischen Volkes ...

... die Meldungen über geheime Waffenlager ...

... Wandervogel ...

Peter sah von seinen Rechnungen und Büchern und Plänen auf. ...

Die letzten Tumulte im Ruhrgebiet  
geben der Rechtsprelle die willkommenste Gelegenheit, die "rote Gefahr" auch für das unbedeutende deutsche Gebiet an die Wand zu malen und die alten unüberwindlichen Angriffe gegen den Sozialismus wegen seiner angeblich unendlichen Unmöglichkeit gegenüber den Kommunisten zu erneuern. Die Rechtsprelle übertrifft, wenn sie schreibt, daß der kommunistische Aufstand nicht mit derartiger Wucht hätte zum Ausbruch kommen können, wenn der Minister Severing die kommunistischen Sonderparteien früher im Keime erstickt hätte, gefesselt, daß hier gar nicht der Wert der Sache getroffen wird. Es sollte auch ihr bekannt sein - denn sie hat es ja oft genug in den Reichsberichten ihrer "Kriegsberichterstatter" aus dem Ruhrgebiet schreiben lassen - daß seit der Besetzung des Ruhrgebietes zum Sammelplatz und Zentrum alles lichtscheuen und verbrecherischen Gesindels Europas geworden ist, das sich dort insbesondere wohlfühlt, indem die Anwesenheit trübsinniger, unfähiger grüne Schutzpolizei mit Gewalt abgehoben haben. Das Verbrechensnetz, das heute die Funktion und ist überall, wo es gilt, Unruhen zu stiften und dabei im Trüben zu fischen. Man sollte doch auch nicht übersehen, daß die ganze Wühlarbeit die dunklen Elemente und ihrer Helfershelfer, der französischen Polizei und russischen Propaganda, nicht einen solchen Erfolg hat, wie man nicht durch die wucherartige Lebensmittelpreierhöhung im Ruhrgebiet die Arbeitermassen auf das Aussehen gereizt und erbitert wären. Dutzende von hunderte Male ist von den ausländischen Stellen und von unserer Parteipresse auf die Gefahr hingewiesen worden, wie in dieser katastrophalen Preisgestaltung im Ruhrgebiet für die Stimmung der Arbeiterbevölkerung liegt. Aber weder die Preispolitik der großen, schwerindustriellen Konzerne, deren Kohlen- und Eisenpreise alle übrigen Preise regieren, noch die der landwirtschaftlichen Erzeuger hat sich dadurch irgendwie betreiben lassen. Jetzt ist es den beamteten Unruhestiftern ein Vergnügen, die ausgehungerten und verelendeten Massen in Gemütern aufzupeitschen. Und die Preistreiber und Großverdiener haben augenblicklich und tief entsetzt und jammernd über die "Perfidie der Ruhrfront", ankant sich an ihre "Väter" in Belgien und an "unseren" "Mutter" Schicksal, meine große Schuld!

Die letzten Tumulte im Ruhrgebiet  
geben der Rechtsprelle die willkommenste Gelegenheit, die "rote Gefahr" auch für das unbedeutende deutsche Gebiet an die Wand zu malen und die alten unüberwindlichen Angriffe gegen den Sozialismus wegen seiner angeblich unendlichen Unmöglichkeit gegenüber den Kommunisten zu erneuern. Die Rechtsprelle übertrifft, wenn sie schreibt, daß der kommunistische Aufstand nicht mit derartiger Wucht hätte zum Ausbruch kommen können, wenn der Minister Severing die kommunistischen Sonderparteien früher im Keime erstickt hätte, gefesselt, daß hier gar nicht der Wert der Sache getroffen wird. Es sollte auch ihr bekannt sein - denn sie hat es ja oft genug in den Reichsberichten ihrer "Kriegsberichterstatter" aus dem Ruhrgebiet schreiben lassen - daß seit der Besetzung des Ruhrgebietes zum Sammelplatz und Zentrum alles lichtscheuen und verbrecherischen Gesindels Europas geworden ist, das sich dort insbesondere wohlfühlt, indem die Anwesenheit trübsinniger, unfähiger grüne Schutzpolizei mit Gewalt abgehoben haben. Das Verbrechensnetz, das heute die Funktion und ist überall, wo es gilt, Unruhen zu stiften und dabei im Trüben zu fischen. Man sollte doch auch nicht übersehen, daß die ganze Wühlarbeit die dunklen Elemente und ihrer Helfershelfer, der französischen Polizei und russischen Propaganda, nicht einen solchen Erfolg hat, wie man nicht durch die wucherartige Lebensmittelpreierhöhung im Ruhrgebiet die Arbeitermassen auf das Aussehen gereizt und erbitert wären. Dutzende von hunderte Male ist von den ausländischen Stellen und von unserer Parteipresse auf die Gefahr hingewiesen worden, wie in dieser katastrophalen Preisgestaltung im Ruhrgebiet für die Stimmung der Arbeiterbevölkerung liegt. Aber weder die Preispolitik der großen, schwerindustriellen Konzerne, deren Kohlen- und Eisenpreise alle übrigen Preise regieren, noch die der landwirtschaftlichen Erzeuger hat sich dadurch irgendwie betreiben lassen. Jetzt ist es den beamteten Unruhestiftern ein Vergnügen, die ausgehungerten und verelendeten Massen in Gemütern aufzupeitschen. Und die Preistreiber und Großverdiener haben augenblicklich und tief entsetzt und jammernd über die "Perfidie der Ruhrfront", ankant sich an ihre "Väter" in Belgien und an "unseren" "Mutter" Schicksal, meine große Schuld!

Die letzten Tumulte im Ruhrgebiet  
geben der Rechtsprelle die willkommenste Gelegenheit, die "rote Gefahr" auch für das unbedeutende deutsche Gebiet an die Wand zu malen und die alten unüberwindlichen Angriffe gegen den Sozialismus wegen seiner angeblich unendlichen Unmöglichkeit gegenüber den Kommunisten zu erneuern. Die Rechtsprelle übertrifft, wenn sie schreibt, daß der kommunistische Aufstand nicht mit derartiger Wucht hätte zum Ausbruch kommen können, wenn der Minister Severing die kommunistischen Sonderparteien früher im Keime erstickt hätte, gefesselt, daß hier gar nicht der Wert der Sache getroffen wird. Es sollte auch ihr bekannt sein - denn sie hat es ja oft genug in den Reichsberichten ihrer "Kriegsberichterstatter" aus dem Ruhrgebiet schreiben lassen - daß seit der Besetzung des Ruhrgebietes zum Sammelplatz und Zentrum alles lichtscheuen und verbrecherischen Gesindels Europas geworden ist, das sich dort insbesondere wohlfühlt, indem die Anwesenheit trübsinniger, unfähiger grüne Schutzpolizei mit Gewalt abgehoben haben. Das Verbrechensnetz, das heute die Funktion und ist überall, wo es gilt, Unruhen zu stiften und dabei im Trüben zu fischen. Man sollte doch auch nicht übersehen, daß die ganze Wühlarbeit die dunklen Elemente und ihrer Helfershelfer, der französischen Polizei und russischen Propaganda, nicht einen solchen Erfolg hat, wie man nicht durch die wucherartige Lebensmittelpreierhöhung im Ruhrgebiet die Arbeitermassen auf das Aussehen gereizt und erbitert wären. Dutzende von hunderte Male ist von den ausländischen Stellen und von unserer Parteipresse auf die Gefahr hingewiesen worden, wie in dieser katastrophalen Preisgestaltung im Ruhrgebiet für die Stimmung der Arbeiterbevölkerung liegt. Aber weder die Preispolitik der großen, schwerindustriellen Konzerne, deren Kohlen- und Eisenpreise alle übrigen Preise regieren, noch die der landwirtschaftlichen Erzeuger hat sich dadurch irgendwie betreiben lassen. Jetzt ist es den beamteten Unruhestiftern ein Vergnügen, die ausgehungerten und verelendeten Massen in Gemütern aufzupeitschen. Und die Preistreiber und Großverdiener haben augenblicklich und tief entsetzt und jammernd über die "Perfidie der Ruhrfront", ankant sich an ihre "Väter" in Belgien und an "unseren" "Mutter" Schicksal, meine große Schuld!

Die letzten Tumulte im Ruhrgebiet  
geben der Rechtsprelle die willkommenste Gelegenheit, die "rote Gefahr" auch für das unbedeutende deutsche Gebiet an die Wand zu malen und die alten unüberwindlichen Angriffe gegen den Sozialismus wegen seiner angeblich unendlichen Unmöglichkeit gegenüber den Kommunisten zu erneuern. Die Rechtsprelle übertrifft, wenn sie schreibt, daß der kommunistische Aufstand nicht mit derartiger Wucht hätte zum Ausbruch kommen können, wenn der Minister Severing die kommunistischen Sonderparteien früher im Keime erstickt hätte, gefesselt, daß hier gar nicht der Wert der Sache getroffen wird. Es sollte auch ihr bekannt sein - denn sie hat es ja oft genug in den Reichsberichten ihrer "Kriegsberichterstatter" aus dem Ruhrgebiet schreiben lassen - daß seit der Besetzung des Ruhrgebietes zum Sammelplatz und Zentrum alles lichtscheuen und verbrecherischen Gesindels Europas geworden ist, das sich dort insbesondere wohlfühlt, indem die Anwesenheit trübsinniger, unfähiger grüne Schutzpolizei mit Gewalt abgehoben haben. Das Verbrechensnetz, das heute die Funktion und ist überall, wo es gilt, Unruhen zu stiften und dabei im Trüben zu fischen. Man sollte doch auch nicht übersehen, daß die ganze Wühlarbeit die dunklen Elemente und ihrer Helfershelfer, der französischen Polizei und russischen Propaganda, nicht einen solchen Erfolg hat, wie man nicht durch die wucherartige Lebensmittelpreierhöhung im Ruhrgebiet die Arbeitermassen auf das Aussehen gereizt und erbitert wären. Dutzende von hunderte Male ist von den ausländischen Stellen und von unserer Parteipresse auf die Gefahr hingewiesen worden, wie in dieser katastrophalen Preisgestaltung im Ruhrgebiet für die Stimmung der Arbeiterbevölkerung liegt. Aber weder die Preispolitik der großen, schwerindustriellen Konzerne, deren Kohlen- und Eisenpreise alle übrigen Preise regieren, noch die der landwirtschaftlichen Erzeuger hat sich dadurch irgendwie betreiben lassen. Jetzt ist es den beamteten Unruhestiftern ein Vergnügen, die ausgehungerten und verelendeten Massen in Gemütern aufzupeitschen. Und die Preistreiber und Großverdiener haben augenblicklich und tief entsetzt und jammernd über die "Perfidie der Ruhrfront", ankant sich an ihre "Väter" in Belgien und an "unseren" "Mutter" Schicksal, meine große Schuld!

Das Geheimnis des Jechenbach-Urteils.  
Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I gegen den Schriftsteller Jechenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Jechenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Klostermauern, weil es einem bayerischen Volksgericht, gefehlt den politischen Gegner mündet zu machen. Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im "Berlag der Neuen Gesellschaft" eine Broschüre unter dem Titel "Das Jechenbach-Urteil" herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Jechenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayerischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen demokratischen Justizminister Baumbach, Dr. Müller-Meinungen unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesvertrais-Sachen unterstellt wurden. Man kennt die bayerischen Volksgerichte. Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayerischen "Volksgerichten", denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein

Das Geheimnis des Jechenbach-Urteils.  
Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I gegen den Schriftsteller Jechenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Jechenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Klostermauern, weil es einem bayerischen Volksgericht, gefehlt den politischen Gegner mündet zu machen. Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im "Berlag der Neuen Gesellschaft" eine Broschüre unter dem Titel "Das Jechenbach-Urteil" herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Jechenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayerischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen demokratischen Justizminister Baumbach, Dr. Müller-Meinungen unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesvertrais-Sachen unterstellt wurden. Man kennt die bayerischen Volksgerichte. Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayerischen "Volksgerichten", denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein

Das Geheimnis des Jechenbach-Urteils  
Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I gegen den Schriftsteller Jechenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Jechenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Klostermauern, weil es einem bayerischen Volksgericht, gefehlt den politischen Gegner mündet zu machen. Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im "Berlag der Neuen Gesellschaft" eine Broschüre unter dem Titel "Das Jechenbach-Urteil" herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Jechenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayerischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen demokratischen Justizminister Baumbach, Dr. Müller-Meinungen unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesvertrais-Sachen unterstellt wurden. Man kennt die bayerischen Volksgerichte. Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayerischen "Volksgerichten", denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein

Das Geheimnis des Jechenbach-Urteils  
Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I gegen den Schriftsteller Jechenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Jechenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Klostermauern, weil es einem bayerischen Volksgericht, gefehlt den politischen Gegner mündet zu machen. Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im "Berlag der Neuen Gesellschaft" eine Broschüre unter dem Titel "Das Jechenbach-Urteil" herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Jechenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayerischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen demokratischen Justizminister Baumbach, Dr. Müller-Meinungen unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesvertrais-Sachen unterstellt wurden. Man kennt die bayerischen Volksgerichte. Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayerischen "Volksgerichten", denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein

### Drohender Landarbeiterstreik in ganz Schlesien.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Ein Lohnarbeiter erhält neben dem Normallohn, das so knapp bemessen ist, daß er davon leben bei einem Kind nichts mehr verkaufen kann, und das nach Ansicht der Arbeitgeber von Mann und Frau verdient werden muß:	
der Lohnarbeiter pro Stunde seit Februar	114 M. Barlohn,
eine Frau	120 M.
ein Gehilfenarbeiter	423 M.
und 2 Pfund Roggen sowie 4 Pfund Kartoffeln pro Tag.	
Ein Lohnarbeiter erzielt also pro Woche bei 60 Stunden mal 114 M.	6840 M.
Hierzu gehen ab: 10 Prozent Steuern einjähr.	294 M.
der Steuerbefreiung	294 M.
davon gesetzliche Ermäßigung	1344 M. 1600 M.
	Reist 5246 M.
davon ab Kranken- und Invalidenbeiträge	1060 M.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

Die Landarbeiterschaft erreicht die Klust an die Öffentlichkeit um einmal die Erbarmung ihrer Götter zu erbitten und das Verhalten des künftigen Reichsregimentes zu kritisieren. Im Februar, während der Führung und des mit den Sozialdemokraten in Berlin geschlossenen Friedensvertrages, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit anerkennenswerte Verbesserungen brachte. -- Zu jener Zeit wurde aber auch ein Verbot erlassen, das die Landarbeiterschaft gegen die Verweigerung des Reichsregimentes Landarbeiterstreiks, aber unter Befahrung des Reichsregimentes (des Reichsregimentes) zu streiken, aufzunehmen, beizubehalten und die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgeprochenen Forderungen voll und ganz einzuführen.

### Zahlreiche Gesetzesübertretungen gegen das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Westfälischen Bäckereien und Konditoreien.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren übermitteln nachstehende Zuschrift:  
Seit einigen Jahren ist durch das Gesetz die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verboten. Durch dieses Gesetz wurde den Beschäftigten in beiden Berufen in gesundheitlicher sowie kultureller Beziehung ein nicht zu unterschätzender Vorteil gebracht. Vor allen Dingen ist die gesetzliche Regelung von den Lehrlingen und der Gehilfenchaft lebhaft begrüßt worden und es kann festgehalten werden, daß auch ein großer Teil der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und zum Nutzen dieses Gesetzes sind. Leider haben sich in der letzten Zeit in einer Anzahl von Bäckereien und Konditoreien Verstöße herausgebildet, die wert sind, der breiten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren übermitteln nachstehende Zuschrift:  
Seit einigen Jahren ist durch das Gesetz die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verboten. Durch dieses Gesetz wurde den Beschäftigten in beiden Berufen in gesundheitlicher sowie kultureller Beziehung ein nicht zu unterschätzender Vorteil gebracht. Vor allen Dingen ist die gesetzliche Regelung von den Lehrlingen und der Gehilfenchaft lebhaft begrüßt worden und es kann festgehalten werden, daß auch ein großer Teil der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und zum Nutzen dieses Gesetzes sind. Leider haben sich in der letzten Zeit in einer Anzahl von Bäckereien und Konditoreien Verstöße herausgebildet, die wert sind, der breiten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren übermitteln nachstehende Zuschrift:  
Seit einigen Jahren ist durch das Gesetz die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verboten. Durch dieses Gesetz wurde den Beschäftigten in beiden Berufen in gesundheitlicher sowie kultureller Beziehung ein nicht zu unterschätzender Vorteil gebracht. Vor allen Dingen ist die gesetzliche Regelung von den Lehrlingen und der Gehilfenchaft lebhaft begrüßt worden und es kann festgehalten werden, daß auch ein großer Teil der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und zum Nutzen dieses Gesetzes sind. Leider haben sich in der letzten Zeit in einer Anzahl von Bäckereien und Konditoreien Verstöße herausgebildet, die wert sind, der breiten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren übermitteln nachstehende Zuschrift:  
Seit einigen Jahren ist durch das Gesetz die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verboten. Durch dieses Gesetz wurde den Beschäftigten in beiden Berufen in gesundheitlicher sowie kultureller Beziehung ein nicht zu unterschätzender Vorteil gebracht. Vor allen Dingen ist die gesetzliche Regelung von den Lehrlingen und der Gehilfenchaft lebhaft begrüßt worden und es kann festgehalten werden, daß auch ein großer Teil der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und zum Nutzen dieses Gesetzes sind. Leider haben sich in der letzten Zeit in einer Anzahl von Bäckereien und Konditoreien Verstöße herausgebildet, die wert sind, der breiten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren übermitteln nachstehende Zuschrift:  
Seit einigen Jahren ist durch das Gesetz die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verboten. Durch dieses Gesetz wurde den Beschäftigten in beiden Berufen in gesundheitlicher sowie kultureller Beziehung ein nicht zu unterschätzender Vorteil gebracht. Vor allen Dingen ist die gesetzliche Regelung von den Lehrlingen und der Gehilfenchaft lebhaft begrüßt worden und es kann festgehalten werden, daß auch ein großer Teil der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und zum Nutzen dieses Gesetzes sind. Leider haben sich in der letzten Zeit in einer Anzahl von Bäckereien und Konditoreien Verstöße herausgebildet, die wert sind, der breiten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

### Parteienoffen und Genoffinnen werbt ständig für die Volkswacht!





